

# BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

**40 Jahre**

BLICKPUNKT Nr. 01

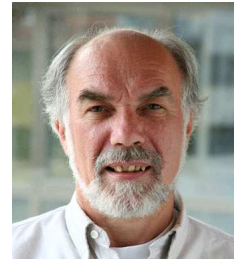
März 2012

Jahrgang 41

Wohnungsleerstände bekämpfen

## Gagfah an die Kette

Stadtverwaltung und Gemeinderat gefordert: -Kommunale Rechte anwenden-  
Kommunaler Wohnungsbau hat Vorrang



DKP Stadtrat  
Reinhard Püschel

Am 27. Juni 1996 beschloss der Gemeinderat, die Vertreter der Stadt in der Hauptversammlung der GBH zu beauftragen, dem Börsengang zuzustimmen.

Dem Antrag der DKP, den Börsengang abzulehnen, wurde vom Gemeinderat eine Abfuhr erteilt. DKP Stadtrat Huber: „Mit dieser politischen Schandtata werden die Mieter abkassiert. Mit dieser Politik wird das Menschenrecht auf Wohnung dem unmoralischen Nutzen von Spekulanten und Immobilienhändlern unterworfen“.

Die Abstimmung zum Börsengang ergab: Eine „Nein“-Stimme von DKP Stadtrat Huber.

CDU, SPD, Grüne und OB Himmelsbach stimmten dem Börsengang zu.

Mit diesem Schritt begann das Heidenheimer Spekulationsdesaster und die Unterwerfungspolitik des OB Ilg und der Stadtverwaltung. Mit der Zustimmung von OB Ilg und seiner Gemeinderatsmehrheit,

am 09.11.2006 den gesamten städtischen und GBH-Wohnungsbestand an die Gagfah-Heuschrecke mit Sitz in Luxemburg zu verkaufen, wurde zum Nach-

### Gagfah an die Kette legen

„Das sollte auch die Gagfah zum Nachdenken bringen, wie sie selbst mit Leerständen und Reserveflächen umgehen will.“

so OB Ilg beim Bürgerempfang im Januar. Nachdenken sollte schnellsten auch OB Ilg wie die Immobilienheuschrecke an die Kette gelegt werden kann.

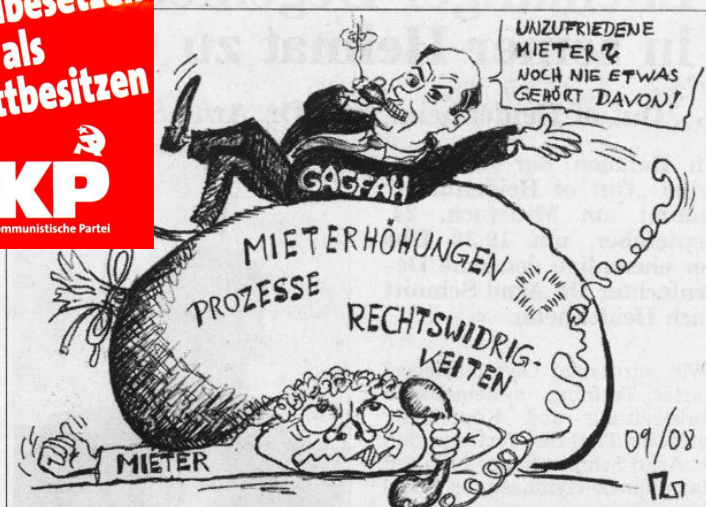
### Im Rathaus ist Politik gefragt

Die kommunale Daseinsvorsorge und die städtebauliche Verantwortung liegen höher als das Wohnungs- und Grundstücksspekulationsinteresse der

Gagfah-Heuschrecke. So schrieb der Kommunalpolitische Arbeitskreis der DKP an die Partei Die Linke Heidenheim.

Mit einer ausführlichen Begründung schlägt die DKP vor, eine Initiative nach dem Baugesetzbuch (BauGB) mit der Fraktion Die Linke DKP im Gemeinderat einzubringen.

Lieber Instandbesetzen als Kaputtbesitzen  
DKP  
Deutsche Kommunistische Partei



### Strichweise heiter

Kein Anschluss unter dieser Nummer: Über die Definition von Service sind die Gagfah und ihre Mieter unterschiedlicher Ansicht.  
Zeichnung: Gaißer

teil der Mieter ein weiteres Kapitel geschrieben.

### OB Ilg ist hilflos

Heute nach weiteren sechs Jahren verspüren nicht nur die Mieter, sondern OB Ilg selbst, wie die Gagfah in sämtlichen Wohngebieten der Stadt Mietmängel und Verwahrlosung von Wohnungsleerständen zur Tagesordnung macht

Generalstabsoffizier, Oberst a.D. Kiesewetter sucht militärisches Mekka.

# Deutsche Interessen in aller Welt

In Königsbronn: Eine jährliche „Sicherheitskonferenzen“ auf der Ostalb.



Honorig sollen sie werden, die „Königsbronner Gespräche“. Eine kleinere Münchner Nachfolge-„Sicherheitskonferenz“ auf der Ostalb. Kiesewetters CDU-MdB-Wahlkreis AA-HDH soll mit militärischen Mitteln herausgeputzt werden. Die Königsbronner Hammerschmiede gegenüber der Elser-Gedenkstätte hält der Generalstabsoffizier Oberst a.D. Kiesewetter für geeignet.

Nach dem neuen Sicherheitspolitischen Konzepts der Bundeswehr, das nach Außen deutsche Interessen aggressiv zu vertreten hat und nach Innen mit Reservisten und mit ziviler-militärischer Zusammenarbeit die Bundeswehr mit Jugendoffizieren an die Schulen bringt, um Verständnis für Kriegseinsätze in aller Welt zu sorgen. Der Militarismus beim Kleinen Mann soll zur Tagesaufgabe gemacht werden.

Als Türöffner für die zivilen Kriegsvorbereitungen stehen Bürgermeister,

Ratsmitglieder, Landräte, Feuerwehr, Techn. Hilfswerk und natürlich die Vorsitzende der CDU Ortsvereine „Gewehr bei Fuß“. Sie haben die Kriegseinsätze, als moderne Sicherheitspolitik verpackt, unters Volk zu bringen.

Zynisch der Vergleich mit Georg Elser und mit der gegenüberliegenden Gedenkstätte. Ja, Elser wollte einen Krieg verhindern. Einen Krieg im Interesse der Rüstungsbarone, der Kohle- und Stahlproduzenten, einen Krieg für mehr deutschen Lebensraum in aller Welt. In Baku das Öl und am Donez die Kohle. Und Elser wusste auch, dass die damaligen Kriegsziele die soziale Lage im eigenen Land zerstörten. Deshalb wählte er auch bei Reichstagswahlen die Kommunisten.

Mit der heutigen so genannten modernen „Sicherheitspolitik“ geht es im Irak um Öl und Gas, im Kongo, Afghanistan und anderen Orten der

Welt um neue Erze und andere Bodenschätze. Dafür muss die Bundeswehr in den Kriegseinsatz nach Afghanistan, sie muss in anderen Teilen der Welt für „demokratische“ Regierungen sorgen und sich um die Menschenrechte kümmern. So werden die modernen Kriege heute begründet. In solchen Zeiten wäre Georg Elser auf der Seite der Kriegsgegner in einer Friedensgruppe, würde sich mit Antifaschisten gegen Fremdenfeindlichkeit organisieren und für ein Verbot der NPD einsetzen. Georg Elser kann mit seinem Zitat „Ich wollte ja durch meine Tat noch größeres Blutvergießen verhindern“ für keine verdeckte Kriegführung instrumentalisiert werden. Die militaristische Veranstaltung gegenüber seiner Gedenkstätte in der Hammerschmiede würde er heute bekämpfen.



## "Krieg beginnt hier!"

Zum Protest gegen urbane Kriegsführung trafen sich trotz eisiger Temperaturen Demonstranten in Berlin vor dem "Maritim"-Hotel in der Nobel-Einkaufszone Friedrichstraße, darunter auch Aktivisten aus DKP und SDAJ. Sie verurteilten, dass die tagenden Vertreter der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr und von Think-Tanks bei ihrer dreitägigen Konferenz "Einsätze der Zukunft im städtischen Terrain" kaum noch klar zwischen "innerer Sicherheit" und grenzüberschreitenden Militäraktionen trennen. Bundeswehrgeneral Andreas Berg vom Führungsstab des Heeres leitete die von der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik initiierte Veranstaltung mit ihren Anpreisungen für den Straßenkampf. Neue Methoden der Kriegsführung werden nicht nur auf Kriegsschauplätze der Dritten Welt bezogen. Das europäische Rüstungsunternehmen MBDA, dass sich zum

weltweit umsatzstärksten Lieferanten für Lenkflugkörpersysteme entwickelt hat, stellte ebenso wie Krauss-Maffei Wegmann, Rheinmetall und Dynamit Nobel Defence neue Waffensysteme und militärische Ausrüstungsgegenstände vor. Oberstleutnant Peter Makowski vom Gefechtsübungs-zentrum (GÜZ) in Letzlingen bei Magdeburg referierte über spezielle Trainingsprogramme für Soldaten. Das GÜZ, Europas modernstes Übungszentrum für Bodentruppen, ist für viele von ihnen die letzte Station vor dem Auslandseinsatz.

Mit Flyern und Transparenten "Krieg beginnt hier!" hatten Friedensaktivisten bereits am Tag der Mandatsverlängerung für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan eine Ringvorlesung an der Technischen Universität in Berlin gestört. Dort referierte Elisabeth Dürr von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) über "EZ Scouts: Vermittler oder neuer Akteur?". Die GIZ, seit Anfang 2011 zentralisiertes Vollzugsorgan der deutschen Entwicklungspolitik, bekenne sich eindeutig zum Konzept der "vernetzten Sicherheit", mit dem die NATO-Staaten eine immer engere Zusammenarbeit militärischer und ziviler Akteure anstrebe. Sie unterhält seit Juni 2011 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Verteidigungsministerium, damit Soldaten und Entwicklungshelfer "bei friedensgestaltenden und stabilisierenden Maßnahmen effizienter und nachhaltiger zusammenarbeiten".



UZ - H. F.



# Freiheit für die Cuban 5

## Am 17. März 2012 - Internationaler Tag der politischen Gefangenen



Der Parteivorstand der DKP ruft zu einem bundesweiten Aktionstag für die Miami 5 auf.

Allein die internationale Solidarität wird die Fünf befreien!

Vor mehr als 13 Jahren wurden in den USA fünf kubanische Männer festgenommen, weil sie ihr Land erfolgreich gegen terroristische Anschläge verteidigten.

Der Prozess in Miami gegen Antonio, Fernando, René, Ramon und Gerardo war ein klassischer Fall politischer Justiz - schon vor seinem Beginn stand die Verurteilung der 5 fest. Diese Verurteilung galt und gilt nicht allein den fünf Kubanern als Menschen - sie gilt dem sozialistischen Kuba und der Tatsache, dass die kleine Insel es gewagt hat, einen eigenständigen Weg zu gehen und eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit.



Eine aus Heidenheim organisierte Spende der Fa. Paul Harmann AG für Cuba

Die USA und die Exilkubaner haben von Beginn an die kubanische Revolution bekämpft. Anscheinend ruft ihr fortwährendes Scheitern Rachegefühle hervor, die auch in dem Prozess gegen die 5 deutlich wurden. Aber auch, wenn der Angriff gegen das gesamte kubanische Volk geht, eigentlich gegen alle, die eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung anstreben, so sind es doch die 5, die mit ihrem Leben individuell dafür einstehen müssen und dies seit über 13 Jahren getan haben. Deswegen gehören ihnen unser Respekt und unsere Solidarität.



**Spenden für die Internationale Solidarität**  
**Postbank Köln: BLZ 370 100 50**  
**Konto Nr. 253525502 -Cuba-**

## Solidarität mit den streikenden Stahlarbeitern in Griechenland

Der Parteivorstand der DKP hat folgenden Antrag beschlossen: "Der DKP-Parteivorstand spricht den streikenden Stahlarbeitern in Aspropyrgos (Griechenland) und der sie unterstützenden Gewerkschaften die solidarische Unterstützung der DKP aus.

Der Parteivorstand lädt Vertreter der kämpfenden Belegschaft ein und führt mit diesen Solidaritätsveranstaltungen durch. Er ruft zudem alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen auf, die Aktionen zur Solidarität mit den Stahlarbeitern in Aspropyrgos zu unterstützen sowie eigene Solidaritätsinitiativen zu entwickeln."

Die Solidarität mit den bereits gefeuerten und den anderen von der Kündigung bedrohten Kolleginnen und Kollegen des griechischen Stahlkonzerns Eliniiki Chalyvourgia läuft international. Auch in Köln gab es in



den Räumen der Griechischen Gemeinde ein Soli-Meeting der KKE. Petros Mentis (rechts) stellte die aktuelle Situation dar (Die UZ berichtete darüber in ihrer letzten Ausgabe). Eine lebhaft Diskussions entbrannte zwischen den außerordentlich engagierten Besuchern, zu der Frage, wie die augenblickliche dramatische Lage der Arbeiter in den Betrieben verbessert werden kann und wie der Kampf der PAME (Gewerkschaft) mit dem strategischen Ziel verbunden werden kann, den Kapitalismus zu überwinden.

Uwe Koopmann



Es bleibt dabei. das Heidenheimer Bündnis gegen Stuttgart 21 sieht sich auf der Seite der Befürworter, den Bahnhof Heidenheim barrierefrei auszubauen. Das Bündnis weiß sich an der Seite des Landrats, des OB Ilg und anderer honorierter Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, die sich im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vehement für den Ausbau der Brenzbahn und für einen barrierefreien Bahnhof Heidenheim ausgesprochen haben. Es muss erwartet werden können, dass sie nicht nachlassen, diese Forderung weiter öffentlich zu vertreten und sich kontrollierbar für die Finanzierung in 2012 einsetzen.

Das Bündnis steht aber auch und gerade wegen der Finanzierung von Bahnprojekten in der Region an der Seite der Gegner vom Milliardenprojekt in Stuttgart.

Der Widerstand richtet sich gegen einen unterirdischen Schrägbahnhof, gegen eine dramatische Kostenexplosion und gegen ein Grundwassermanagement für das es keinen Bauherren mehr gibt. Vom Bau des Technikgebäudes ist der Bauherr wegen der Gefährdung der Fundamente des Restbahnhofes zurückgetreten. Und weil es für den Flughafenbahnhof noch immer kein abgeschlossenes Planfeststellungsverfahren gibt.

Die von der Bahn AG zur Bauvorbereitung durchgeführten technischen Arbeiten empfinden viele Bürgerinnen und Bürgern als reine Zerstörungsmaßnahmen



## Verfassung schützen Grundrechte verteidigen und anwenden

"Hat der Verfassungsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen? Dann ist er (...) überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte? Dann ist er, auch das ist zutreffend, eine Gefahr für die Verfassung. Ein überflüssiger Verfassungsschutz ist zu teuer. Und wenn er gar gefährlich ist, dann muss man nicht nur seine V-Leute abschalten, sondern den ganzen Verfassungsschutz." So Heribert Brantl am 10.01.2012 in der Süddeutsche Zeitung.

Der Verfassungsschutz muss weg. Der Schutz für die NPD muss aufhören. Sie muss verboten werden - ob mit oder ohne V-Leute. Es muss also ein schnelles und wirksames Verbot her - und darin eingeschlossen sein muss auch das Verbot von Naziaufmärschen. Dem dient die Fortsetzung der Unterschriftenaktion der VVN-BdA "NPD-Verbot - jetzt aber richtig".

Das Völkerrecht von 1945 sah das Verbot der Nazi-partei vor und dieses Verbot gilt noch immer.

Schützen wir unser Grundgesetz. Schützen wir es indem wir fordern und dafür eintreten unsere Grundrechte anzuwenden.

Es geht um das Verbot der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen. Es geht um das Verbot von NS-Bewegungen und Militarismus. Es geht aber auch um die Anwendung der Artikel für die Sozialpflichtigkeit und Gemeinnützigkeit des Eigentums (auch an den Produktionsmittel) und für die Sozialstaatlichkeit.

Wird unsere „alte“ Verfassung mit ihren verbliebenen antifaschistischen, antimilitaristischen und sozialen wie demokratischen Aussagen, den Damen und Herren in der Regierung, den Bankern und Unternehmern zur Fessel? Fordern wir die Einhaltung des Grundgesetzes. Kämpfen wir gegen Sozial- und Demokratieabbau, für Frieden und Abrüstung.



## Gemeinsam in die Tarifikämpfe !

Runde 6,5 Prozent im Öffentl. Dienst sowie in der IG-Metall- u. Elektroindustrie

Die Gewerkschaften Ver.di und IG Metall fordern 6,5 Prozent mehr Geld für Arbeiter und Angestellte.

Für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mindestens aber 200.- Euro. Die Tarifunion von Ver.di und Beamtenbundes (dbb) sind sich über die Laufzeit von zwölf Monaten einig. Die Verhandlungen begannen am 1. März. Auch die IG-Metall will 6,5 % fordern, allerdings ohne die soziale Komponente eines Festgeldsockels. Die Friedenspflicht bei Metall endet am 28.04.2012 und für Ver.di wird die Tarifrunde ab März 2012 eingeläutet. Weite Teile der Öffentlichkeit werden mit diesen wichtigen und richtigen Lohn- und Gehaltsauseinandersetzungen für mehr Inlandsnachfrage konfrontiert werden.

### Beide Unternehmerverbände und der Deutsche Städtetag schreien: „Unverschämtheit!“

Sie vergessen die dreijährige Lohn- und Gehaltszurückhaltung der Beschäftigten. Sie vergessen die Preissteigerungen bei Kraftstoff, Strom, Gas, Mieten und bei den einfachsten Grundbedürfnissen des täglichen Bedarfs.

Heute schon fordern wir unseren OB Ilg, der auch Mitglied im Städtetag ist, auf, den Tarifkonflikt nicht mit lokalen Stellungnahmen zu belasten. Zwei große



Gewerkschaften sind aufgefordert gemeinsam Druck für ihre Forderungen erzeugen. Ver.di-Chef Frank Bsirske sagte vor Journalisten: „Deutliche Entgelterhöhungen sind nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern angesichts der Rezession in weiten Teilen Europas auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft.“ Gerade wegen der Gefahren für den Export komme den Löhnen für die Stärkung der Kaufkraft eine Schlüsselrolle zu. Diese Position kann nur unterstützt werden.



**nonpd**  
NPD-Verbot jetzt!

## Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung  
**BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und  
andere Publikationen kosten Geld**  
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

**DKP Heidenheim**  
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30  
**Kreissparkasse Heidenheim**

**Vielen Dank!**

## Kai Degenhard in Heidenheim

Mittwoch, 28. März 2012  
Café Swing 20:00 Uhr  
10,- EURO Abendkasse



Geboren 1964, wurde ich in den Siebzigern und frühen Achtzigern entscheidend musikalisch sozialisiert, bin also mit Folk, Rock, Punk, Wave, Reggae usw. groß geworden, aber auch mit den Liedern meines Vaters Franz Josef Degenhardt sowie dem kulturellen Umfeld der linken und linksradikalen Szenen dieser Jahre. Dass ich mich stark beeinflusst sehe von Musikern wie Dylan und Zappa, Reiser und Strummer, Eisler oder Billy Bragg, ist wohl kein Zufall.

